

3
4 PRÄAMBEL

5 Der Schutz der Umwelt und der natürlichen Lebensgrundlagen hat in der Bundesrepublik
6 Deutschland Verfassungsrang. Hierzu bekennen wir uns als Junge Union ausdrücklich auch in
7 der Verantwortung für künftige Generationen und im christdemokratischen Geiste der
8 Bewahrung der Schöpfung.

9 Dieser Leitantrag soll auch in Abgrenzung von politischen Mitbewerbern klarstellen, für welchen
10 Nachhaltigkeitsbegriff die Junge Union steht und wie wir uns Umweltschutz vorstellen. Dabei
11 steht für uns im Vordergrund, dass Menschen, andere Lebewesen und "die Umwelt" nie isoliert
12 betrachtet werden können und Menschen in, mit und von der Natur leben und auch künftig
13 leben können sollen. Mit den Themenschwerpunkten "Abfall und Verbrauchsgüter", "Klima,
14 Treibhausgase, Energie und Mobilität" sowie "Tier- und Artenschutz, Schutz von Naturräumen
15 und der natürlichen Lebensgrundlagen" zeigen wir unsere Vorstellungen von einer in ein
16 christdemokratisches politisches Gesamtkonzept integrierbaren Umweltpolitik auf. Dabei sind
17 wir uns darüber im klaren, welche vielfältigen Wechselwirkungen zwischen diesen
18 Themenkomplexen sowie zwischen natürlichen Systemen untereinander und mit künstlichen
19 (anthropogenen) Systemen bestehen.

20
21 1. ABFALL UND VERBRAUCHSGÜTER

22 Der beste Abfall ist der, der überhaupt nicht entsteht. Nachhaltigkeit und Wegwerfmentalität
23 passen nicht zusammen. Abfallvermeidung muss somit das oberste Ziel einer ökologischen
24 Abfallwirtschaft sein, denn jede Form von Sortierung, Behandlung, Verwertung und vor allem
25 Beseitigung ist mit dem Verbrauch oder Verlust von Rohstoffen und Entwertung von Energie
26 verbunden.

27 Dazu streben wir ein internationales Abkommen gegen die Plastikflut in den Meeren an. In
28 Deutschland fordern wir die Recyclingziele zu erhöhen, Sammlung zu vereinfachen und den
29 Einsatz von Recycling- und umweltschonenden Materialien zu belohnen. Deshalb wollen wir
30 wirksame **ökonomischen Anreize für mehr Abfallvermeidung setzen, indem wir eine**
31 **Ressourcensteuer einführen**. Abfall soll nicht nur getrennt, sondern auch besteuert werden. Die
32 sinnlose Ressourcenverschwendung und das Anhäufen riesiger Müllmengen muss ein Ende
33 haben!

34 Neben der Ressourcensteuer fordern wir das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und
35 nukleare Sicherheit auf, bei einem Gipfel mit Handel, Herstellern und Verbänden neue Konzepte

36 zur Vermeidung von Abfall zu kreieren. Uns geht es dabei nicht nur darum, den Müll im eigenen
37 Land zu reduzieren, sondern **wir wollen deutsche Unternehmen unterstützen,**
38 **umweltfreundliche Technologien und nachhaltige Konzepte** auch in anderen Ländern
39 einzusetzen.

40 Das Meer ist heute einer Vielzahl von Bedrohungen ausgesetzt, eine davon ist die
41 Verschmutzung durch Plastikmüll. Kunststoff lässt sich massenhaft in den unterschiedlichsten
42 Formen, Farben und Größen finden. Je kleiner die Plastikpartikel sind, desto höher ist die Anzahl
43 der betroffenen Tiere, die sie mit der Nahrung aufnehmen. Die Gefahren von solchem
44 Mikroplastik für die Umwelt, Tiere und den Menschen sind groß, deshalb liegt es gerade an der
45 Politik, im Bereich des Abfalls und der Verbrauchsgüter Regulierungen zu treffen um zukünftige
46 Umweltverschmutzung zu vermeiden. Wir fordern daher das **Verbot von Mikroplastik in**
47 **Kosmetikprodukten.** Die Kosmetik- und Körperpflegeindustrie setzt Kunststoffe in einer Vielzahl
48 von Produkten ein. Abbauwege und Umweltauswirkungen dieser Kunststoffe sind
49 weitestgehend ungeklärt. Sie dienen unter anderem als Peeling-Partikel, Bindemittel,
50 Filmbildner und Füllmittel in Duschgelen, Shampoos, Cremes und dekorativer Kosmetik. Da ein
51 nachträgliches Entfernen aus der Umwelt praktisch nicht möglich ist, muss gemäß dem
52 Vorsorgeprinzip der Eintrag verhindert werden.

53

54 **Pfand nach Verpackung statt nach Inhalt: Wir fordern die Ausweitung der Pfandpflicht auf alle**
55 **Einweg-Getränkeplastikflaschen**

56

57 Supermärkte sollen in Zukunft Bedürftigen den kostenlosen Zugang zu andernfalls zu
58 entsorgenden Lebensmitteln ermöglichen.

59 Zu viele Supermärkte entsorgen Lebensmittel, obwohl sie noch genießbar sind. Menschen, die
60 über Mauern klettern und das entsorgte Essen aus den Abfallcontainern holen, können sich
61 strafbar machen. Staatsanwaltschaften und Gerichte sind aber offenbar teils erleichtert, wenn
62 sie die "Lebensmittelretter" nicht bestrafen müssen. Wir fordern, dass Supermärkte
63 Lebensmittel, die nicht mehr verkauft werden, klar ersichtlich kostenlos zur Verfügung stellen
64 oder an eine Hilfsorganisation verschenken und nur in Ausnahmefällen im Abfall entsorgen und
65 so fremdem Zugriff entziehen.

66

67 Wir fordern die Förderung von Forschung rund um das Thema Abfall und Recycling. Es bestehen
68 in den Bereichen der Erfassung und Verwertung noch erhebliche Optimierungspotenziale.
69 Darüber hinaus besteht dringender Handlungsbedarf bei der Entwicklung von

70 Verwertungsverfahren für Lithium aus Akkus. Mit Investition zur Innovation heißt hier das
71 Motto.

72

73 An Schulen fehlt eine klare Strategie um das Thema Ressourcen und Nachhaltigkeit in den
74 Unterricht einzubauen. **Wir fordern eine Bildungsoffensive um die folgenden Generation mit
75 diesem Zukunftsthema vertraut zu machen.** Es soll insbesondere darauf gezielt werden, ein
76 Bewusstsein für Abfallvermeidung aufzubauen.

77

78 2. KLIMA, TREIBHAUSGASE, ENERGIE UND MOBILITÄT

79 Der Klimawandel ist eine der großen Herausforderungen unserer Zeit. Für die Jungen Union
80 Hamburg trägt der Mensch deutlich zum Klimawandel bei. Der Unionsfamilie mit ihrem
81 christlichen Wertefundament ist der Klimaschutz ein zentrales Anliegen, denn es geht um die
82 Bewahrung der Schöpfung auch für künftige Generationen. Infolge der Erderwärmung sind auch
83 bei uns die Auswirkungen des Klimawandels zu spüren - zuletzt im Sommer 2018 mit extremer
84 Hitze und Dürre und den damit verbundenen Auswirkungen auf Mensch, Tier und Natur. Unser
85 Bestreben ist es, den menschlichen Einfluss zu begrenzen und spürbar einzudämmen. Ziel ist es,
86 die Klimaziele nachhaltig zu erreichen und langfristig einzuhalten. Dabei wollen wir auf
87 Symbolpolitik verzichten und Konzepte entwickeln und Lösungen finden, welche mit Mensch,
88 Gesellschaft und Umwelt vereinbar und im Einklang sind.

89

90 2.1 Klimaschutz in Deutschland und Europa

91 Klimaschutz muss möglichst global auf einem Niveau passieren, deutsche oder europäische
92 Anstrengungen alleine genügen nicht und führen dazu, dass Freiheiten der Bürger hier
93 eingeschränkt werden, um Klima zu schützen, in anderen Ländern aber keinerlei Sanktionen
94 gegenüber der Wirtschaft und der Bürger passieren. Dies widerspricht dem Gedanken der
95 Gleichbehandlung und führt zusätzlich zu einer Wettbewerbsverzerrung.

96

97 2.1.1 Europa

98 Der Beitritt zur Europäischen Union steht prinzipiell jedem europäischen Staat offen, sofern
99 bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind. Dazu gehören zunächst die Achtung und Förderung der
100 im EU-Vertrag genannten Grundwerte, namentlich der Menschenwürde, von Freiheit,
101 Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit sowie die Wahrung der Menschenrechte und der
102 Rechte von Minderheiten (Art. 2 EUV).

103

104 In den darauffolgenden Beitrittsverhandlungen wird das EU-Recht und deren 35 Politikfelder in
105 Verhandlungskapitel unterteilt. Theoretisch ist ein Beitritt erst nach Abschluss und Erfüllung der
106 35 Verhandlungskapitel möglich. In der Praxis hat sich nur leider gezeigt, dass oftmals Kapitel
107 beim Eintritt in der EU Kapitel offen gelassen werden und die Bestrebung einer Schließung der
108 Kapitel seitens der EU nicht hartnäckig verfolgt werden. Unter den offen gelassenen Kapitel ist
109 oftmals: Kapitel 27 Umwelt. **Die Junge Union Hamburg fordert, dass ein umweltfreundliches,
110 ökologisches sowie ökonomisches Handeln in die EU-Grundwerte mit aufgenommen wird,
111 konkret Eingang in Art. 2 EUV finden.**

112
113 Der Emissionsrechtehandel ist ein Instrument der Umweltpolitik in Europa mit dem Ziel,
114 Schadstoffemissionen mit möglichst geringen volkswirtschaftlichen Kosten zu verringern.
115 Hierbei wird unter dem Aspekt der Kosteneffizienz angestrebt, dass nicht jeder Akteur die
116 gleiche Menge an Verschmutzung einsparen muss. Ausschlaggebend ist nur das Gesamtergebnis
117 aller Akteure. Es besteht ein Anreiz für diejenigen Akteure, denen die Einsparung besonders
118 leicht fällt (welche die geringsten Reduktionskosten haben), ihre Emissionen am stärksten zu
119 reduzieren.

120
121 Dieses Modell schafft in Gänze nicht genügend Anreize für innovative Lösungen. Deshalb
122 fordert die Junge Union Hamburg, dass **CO₂-Einsparungen nicht nur auf dem eigenen
123 Werksgelände möglich sind**, sondern auch in direkter Nachbarschaft.

124
125 Erste Pioneer-Projekte gibt es bereits in Deutschland, diese gilt es zu fördern durch z.B. CO₂-
126 Zertifikate.

127
128 Die Hamburger HafenCity Ost ist das erste Stadtquartier, das vollständig mit CO₂-freier
129 Industrierwärme versorgt wird. Der Kupferproduzent Aurubis koppelt hierfür aus einem
130 chemischen Nebenprozess der Kupferproduktion CO₂-freie Wärme aus und liefert diese über
131 eine rund 3,7 km lange Trassenverbindung in die HafenCity Ost.

132 Dieser Prozess spart jährlich rund 20.000 Tonnen CO₂ ein. Das entspricht den Emissionen von
133 rund 10.000 Mittelklasse-PKW, die pro Jahr jeweils 12.000km fahren. **Industrierwärme ist ein
134 Leuchtturmprojekt für eine klimafreundliche Wärmeversorgung und gilt mit Anreizen durch z.B.
135 Verrechnung mit bestehenden CO₂-Zertifikaten zu unterstützen.**

136
137 2.1.2 Deutschland

138 In Deutschland gibt es immer mehr Bestrebungen, Plastikmüll einzudämmen. Nach dem Verbot
139 von Plastiktüten im Einzelhandel, wird ab 2021 unter anderem der Plastikstrohhalm verboten
140 sein. Die Junge Union Hamburg ist der Meinung, dass nicht weitere Verbote greifen sollten,
141 sondern Anreize geschaffen werden sollten. Deshalb fordern wir eine **geringere Mehrwertsteuer**
142 **für recyclebare Einwegbecher und -besteck**. So werden kleine Gastronomen und Schausteller
143 nicht benachteiligt.

144

145 2.2 Elektrisches Energienetz

146 Der immobile Energieumsatz (insbesondere Heizungen und elektrisches Energienetz) ist der
147 Hauptverursacher von CO₂-Emissionen. Die Junge Union Hamburg befürwortet daher
148 grundsätzlich regenerative Energien - insbesondere, wenn diese zuverlässig Kohle, Öl und Gas
149 als Primärenergieträger ersetzen können. Dies bietet auch ggf. eine größere politische
150 Unabhängigkeit von Öl- und Gasimporten. Biomasse ist nur dann für die Energieumsetzung
151 sinnvoll, wenn eine Konkurrenz mit Lebensmittelanbau kein größeres Problem darstellt. Zur
152 Vermeidung von Treibhausgasen befürworten wir grundsätzlich die Kernenergieforschung und -
153 nutzung (sowohl hinsichtlich neuer - teils noch sichererer Reaktortypen - als auch hinsichtlich
154 der Lösungsmöglichkeiten für radioaktive Abfälle - Stichwort europäischer
155 Transmutationsreaktor). Durch den steigenden Anteil an erneuerbaren Energien, die zum Teil
156 bereits heute auch ohne Förderung wettbewerbsfähig sind, stehen in Deutschland steigende
157 Leistungskapazitäten zur Verfügung. Diese Leistungskapazitäten sind jedoch nicht ohne
158 weiteres jederzeit abrufbar (Windkraftanlagen und Solaranlagen können Leistung nur in
159 Abhängigkeit der Wetterlage in das Netz einbringen). Daher kommt dem Thema stromnetznahe
160 Speicherung eine Schlüsselrolle zu. Da entsprechende Akkutechnologien nicht in Aussicht sind,
161 kommt Konzepten wie "Power to Fuel", wo klimaneutraler Treibstoff aus überschüssiger Leistung
162 aus regenerativen Energien gewonnen werden kann, eine hohe Bedeutung zu. Auch ist eine
163 geeignete Regelung der Nachfrage nach elektrischer Energie direkt an der Last (z.B.
164 anforderungs- und verfügbarkeitssensible Regelung des Ladevorgangs eines Elektrofahrzeugs)
165 entscheidend, um ein auch bei hohen Dynamiken seitens der verfügbaren und der nachgefragten
166 Leistung stabiles Stromnetz zu gewährleisten.

167 Parallel zur Vermeidung von Treibhausgasemissionen wollen wir die Konzentration von
168 Treibhausgasen in der Atmosphäre aktiv verringern. Weltweite Aufforstungsprojekte, um CO₂
169 aus Atmosphäre in Biomasse zu binden und die Atemluftqualität zu verbessern, können ein
170 Anfang sein.

171

172 2.3 Mobilität

173 Mobilität ist ein Grundbedürfnis der Menschen praktisch überall auf der Welt. Im medialen und
174 politischen Diskurs gewinnt man oft den Eindruck, menschliche Mobilität sei der bei weitem
175 größte Verursacher von Treibhausgasen. Die Datenlage zeigt unzweifelhaft, dass dies weder in
176 Deutschland noch weltweit der Fall ist. Vielmehr ist der Einfluss auf das Klima geringer als durch
177 den immobilen Energieumsatz - etwa zur Erzeugung von elektrischer Energie in Kraftwerken
178 oder zum Heizen von Wohnungen, Geschäftsräumen und öffentlichen Gebäuden.

179 Nichtsdestotrotz wollen wir politisch die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass Mobilität
180 ohne Leistungsverlust für die Menschen ökologisch und ökonomisch effizienter wird. Viele
181 Fragen drehen sich dabei um die Antriebstechnik von mobilen Systemen.

182 Elektrische Energiesysteme haben bei gleicher Leistung in der Regel eine höhere Systemmasse
183 als Verbrennungskraftmaschinen (VKM). In Systemen, in denen eine Erhöhung der Masse der
184 Antriebssysteme sich nicht erheblich negativ auf die Leistungsfähigkeit auswirkt, ist eine
185 vollkommene Elektrifizierung daher eher sinnvoll (z.B. Schiffe und Eisenbahnen, nicht jedoch
186 Automobile und Luftfahrzeuge). Elektromobilität ist generell nur sinnvoll bei umweltgerechter
187 Energieeinspeisung ins Stromnetz und einem geeigneten Netz- und Lastmanagement um die
188 einspeisungsseitigen und lastseitigen Dynamiken abbilden zu können. Zudem ist bei der Frage
189 der Elektromobilität der Rohstoffbedarf nicht zu unterschätzen. Den Zugang zu seltenen Erden
190 und anderen metallischen Rohstoffen gilt es zu sichern und Recyclingverfahren für diese
191 wertvollen Stoffe (weiter) zu entwickeln. Speziell bei Automobilen ist Elektromobilität auf
192 absehbare Zeit wohl nur im Stadtverkehr und nur bei nicht zu niedrigen
193 Umgebungstemperaturen technisch, ökonomisch und ökologisch sinnvoll. VKM sind
194 insbesondere in Automobilen weiterhin technisch, ökonomisch und ökologisch sinnvoll, daher
195 **fordern wir kein Verbot von VKM und bekennen uns zur Weiterentwicklung von Motoren mit**
196 **Benzin, Diesel, Gas und anderen Brennstoffen mit hoher Energiedichte als Energieträgern.** Wir
197 kritisieren die EU-Flottenverbrauchsvorschriften für Kfz, denn: Nicht jeder Hersteller baut die
198 gleichen Fahrzeugtypen, hier werden z.B. Hersteller von vorrangig Familienwagen und
199 Transportern ggü. Kleinwagenherstellern ungerechtfertigt benachteiligt, beide haben ihre
200 Daseinsberechtigung. Familien sollen nicht mit 2 Kleinwagen überall hinfahren müssen, weil der
201 Hersteller den Van in der EU nicht mehr anbieten darf. Zu einer solchen politisch induzierten
202 Situation dürfen wir es nicht kommen lassen!

203 Wir sehen aus verfahrenstechnischer Sicht das großartige Potential, VKM mit nachwachsenden
204 Rohstoffen aus Biomasse oder mit aus der Atmosphäre gewonnenen Rohstoffen mittelfristig
205 weitgehend oder gar vollkommen klimaneutral betreiben zu können (Power to Fuel).
206 Diskussionen um Feinstaub und Stickoxide durch Automobilverkehr oder auch aus anderen
207 Quellen richten mehr Schaden als Nutzen an der Natur inkl. der menschlichen Gesundheit an.

208

209 Der ÖPNV muss nicht günstiger aber leistungsfähiger und zuverlässiger als heute werden, um
210 eine Alternative zum Individualverkehr darzustellen. Kostenlose Park&Ride und Bike&Ride
211 Möglichkeiten bei Bus und Bahn müssen multimodale Mobilität für jedermann ermöglichen. Den
212 Fahrradverkehr sehen wir als einen für viele Menschen alltagstauglichen Verkehrsträger an. **Ihn**
213 **wollen wir weiterhin fördern, jedoch in der Regel baulich von der Fahrbahn trennen.** Dabei
214 wollen wir eine hohe Radwegqualität abseits der Fahrbahn sicherstellen und im Zuge dessen
215 auch die an die Radwege angrenzenden Bäume pflegen und ggf. bauerträglich nachpflanzen.
216 Um die Sicherheit im Straßenverkehr zu erhöhen und Schülern eigene Mobilität zu ermöglichen,
217 fordern wir flächendeckenden Verkehrsunterricht an Schulen. Letztendlich muss bei allen
218 verkehrsplanerischen Maßnahmen der Grundsatz beachtet werden, dass der Verkehr nicht
219 behindert werden sondern ein besserer Verkehrsfluss ermöglicht werden soll, da so nicht nur in
220 vielen Situationen Treibstoff gespart werden kann, sondern die Menschen auch mehr Zeit für
221 Arbeit, Ehrenamt, Familie, etc. haben.

222

223 Der Luftverkehr ist gemessen am Flächenverbrauch die umweltfreundlichste Verkehrsart. Er
224 greift kaum in Naturräume ein. Trotz des nicht unerheblichen Treibstoffverbrauchs im
225 Lufttransport insgesamt ist die Effizienz und Transportleistung gemessen an
226 Passagierkilometern und transportiertem Warenwert insbesondere auf langen Strecken sehr
227 hoch. Dabei ist der Luftverkehr besonders auf der Langstrecke dem internationalen Wettbewerb
228 ausgesetzt und daher von Gebühren am Standort Deutschland besonders bedroht. Der
229 Luftverkehrsstandort Deutschland und das damit verbundene Know-how kann nur gesichert
230 werden, wenn keine neuen Gebühren und Auflagen, die nicht auch international (möglichst
231 weltweit vergleichbar) gelten, hinzukommen. Aufgrund der Massensensitivität von
232 Luftfahrzeugen ist der Luftverkehr zum einen besonders schwierig elektrifizierbar zum anderen
233 aber besonders interessant beim wirtschaftlichen Umgang mit Treibstoffen, da weniger
234 mitgeführte Treibstoffmasse die Betriebskosten besonders stark senkt. **Wir sprechen uns**
235 **entschieden gegen sozialistische Maßnahmen wie eine Begrenzung der Anzahl an Flügen pro**
236 **Jahr und Person und gegen eine weitere Steuer für den Luftverkehr aus.** Für die
237 Luftfahrtforschung - insbesondere zu neuartigen Treibstoffen und zu treibstoffsparenden
238 Maßnahmen im Lufttransportsystem wie Masseneinsparungen an Luftfahrzeugen, neuen
239 Triebwerkskonzepten etc. - wollen wir die Investitionen in die Forschung erhöhen.

240

241 **3. TIER- UND ARTENSCHUTZ, SCHUTZ VON NATURRÄUMEN UND DER NATÜRLICHEN**
242 **LEBENSGRUNDLAGEN**

243 Der Jungen Union Hamburg ist es ein wichtiges Anliegen den Tier- und Artenschutz in
244 Deutschland weiterzuentwickeln. Eine an willkürlichen Verboten orientierte Politik lehnen wir
245 jedoch ab. Notwendig ist es, mit allen Beteiligten lösungsorientiert zusammenarbeiten, um
246 tragfähige Veränderungen herbeizuführen. Verbesserungen im Tierschutz müssen dabei auf
247 wissenschaftlicher Grundlage erfolgen, in der Praxis umsetzbar und finanziell tragfähig sein.

248
249 Die Junge Union Hamburg setzt sich für **eine konsequente strafrechtliche Verfolgung bei**
250 **Verstößen gegen das Tierschutzgesetz ein.**

251
252 Die Junge Union Hamburg setzt sich dafür ein, Qualzuchten - §11b des Tierschutzgesetzes - in
253 Deutschland konsequenter strafrechtlich zu verfolgen. Sei es der beste Freund des Menschen,
254 der Hund, das Nutztier oder der Goldfisch im Aquarium. Immer mehr Trends in der Zucht für
255 zum Beispiel ausgefallenes Fell (Merle-Defekt), führen zum Beispiel zu Begleiterscheinungen wie
256 Taubheit und einer verkürzten Lebensdauer. Jedes Tier stammt aus der göttlichen Schöpfung
257 und Bedarf unseres Schutzes. Deshalb fordert die Junge Union eine **regelmäßige Überarbeitung**
258 **und Überprüfung des Tierschutzgesetzes** durch das Bundesministerium für Ernährung und
259 Landwirtschaft und den Bundesrat, welcher auch bestimmte Rassen und deren Zucht verbieten
260 kann.

261
262 Wir unterstreichen die hohe Bedeutung der Land- und Forstwirtschaft. Ökologische und
263 konventionelle Landwirtschaft sind gleichberechtigt und wichtig für uns alle. Mehr denn je steht
264 die Landwirtschaft unter einem Effizienzdruck auch aufgrund der nur begrenzt verfügbaren
265 Fläche zur Versorgung einer immer größeren Anzahl an Menschen und durch Probleme
266 insbesondere für den Ackerbau durch den Klimawandel. Neben der Versorgung mit Holz trägt
267 die Forstwirtschaft wie kaum ein anderer Wirtschaftszweig zu einer guten Luftqualität bei und
268 trägt das Potential zur Abmilderung des Klimawandels.

269 Wir begrüßen den wachsenden Wildtierbestand in Deutschland. Neben der Bedeutung von Haar-
270 und Federwild für den menschlichen Nahrungsbedarf dienen diese Tiere auch Beutegreifern als
271 Existenzgrundlage. Beutegreifer sind Teil eines gesunden Ökosystems, weshalb wir z.B. die
272 Rückkehr des Wolfs nach Deutschland grundsätzlich positiv sehen. Die 100%ige
273 Kostenübernahme von Herdenschutzmaßnahmen durch die Bundesländer ist EU-rechtlich
274 gedeckt und wird von uns positiv vorangetrieben. Nur in Ausnahmefällen sollten Wölfe
275 euthanasiert werden.

276 2015 trat die Verordnung (EU) Nr. 1143/2014 über die Prävention und das Management der
277 Einbringung und Ausbreitung invasiver gebietsfremder Arten in Kraft. Die Verordnung sieht ein

278 gestuftes System von Prävention, Früherkennung und sofortiger Beseitigung sowie dem
279 Management bereits weit verbreiteter invasiver Arten vor. Diese Verordnung begrüßt die Junge
280 Union Hamburg - jedoch nicht deren Kommentierung und Durchführung. Maßnahmen gegen die
281 Ausbreitung invasiver Arten, die ökologisch verträglich sind und den Tieren nur minimales Leid
282 zufügen befürworten wir. Des Weiteren müssen Tiere in Gefangenschaft - Beispielsweise in Zoos
283 und Wildparksanlagen - von der Verordnungen ausgenommen sein.

284

285 **Antragsteller**

286 Antonia Haufler, Daniel Braune-Krickau, Jannes Reinwand